

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Januar/Februar 2017

handstreich magazin



Stürmischer Jahresauftakt



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



*Liebe Leserinnen,
liebe Leser,*

auch das neue Jahr hält für uns jede Menge gewerkschaftspolitischer Herausforderungen bereit: In den neu gewählten Personalräten gilt es, gemeinsame Positionen mit den Kolleginnen und Kollegen, die nicht dem dbb berlin angehören, zu finden. Die Landesleitung wird schnellstmöglich Gespräche mit dem rot-rot-grünen Senat aufnehmen und ihre Kontakte zu den Fraktionen weiter intensivieren. Ihren Anfang genommen haben auch bereits die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder.

Auch eine Reihe neuer gesetzlicher Vorschriften gilt es zu beachten. Unsere Rechtsexpertin, Rechtsanwältin Maria Timmermann, stellt im hauptstadt magazin die wichtigsten Änderungen im Sozial- und Arbeitsrecht vor.

Schließlich hat auch das hauptstadt magazin selbst eine etwas veränderte Gestalt angenommen, zum Beispiel mit dem Inhaltsverzeichnis auf dieser Seite. Auch der Unterhaltung wollen wir – wann immer möglich – eine Seite einräumen. In diesem Heft finden Sie noch einmal die Vorankündigung des schon traditionellen Hauptstadtballs unserer DPoIG, die für ein Preisrätsel im hauptstadt magazin dankenswerterweise zwei der begehrten Eintrittskarten zur Verfügung gestellt hat.

Glücksgöttin Fortuna möge Ihnen nicht nur bei diesem Preisrätsel, sondern über ganz Jahr 2017 hinweg winken.

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Personalratswahlen 2016: Zeit für Allianzen	4
Martina Riedel: Zur GPR- Vorsitzenden gewählt	5
Erster Kontakt mit Parlamentspräsident Wieland	6
Fraktionsgespräche: Antrittsbesuch bei der CDU	7
Mit großer Delegation in Köln	8
Unausgegrenztes aus Gütersloh	8
Änderungen im Sozial- und Arbeitsrecht	9
dbb jugend berlin: Powerfrauen in der Leitung	10
dbb Frauen: Erste Einschätzung des Koalitionspapiers	11
Hauptstadtbball – Berlin tanzt: Zwei Eintrittskarten zu gewinnen	12
Berliner Behörden: Das ITDZ Berlin stellt sich vor	14
Tarifauftakt: dbb Forderung unterstrichen	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacycenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 14, gültig ab 1.10.2016. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** Demo zum Tarifauftakt in Berlin, © dbb berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



Übernehmen Führungsrolle im Gesamtpersonalrat: Ulf Melchert, Bodo Pfalzgraf, Boris Biedermann (von links)
(Martina Riedel siehe Seite 5)

Nach den Personalratswahlen

Zeit für starke Allianzen!

Die Personalratswahlen in Berlin sind gelaufen, und wir dürfen feststellen, dass die Mehrheiten in den Gesamtpersonalräten sich teilweise verschoben haben. dbb Kandidatinnen und Kandidaten ist es in einigen Bereichen gelungen, Führungsrollen in den Gremien zu übernehmen, bei anderen – örtlichen Wahlen – haben sich die Wählerinnen und Wähler leider nicht immer leicht getan, den Gewerkschaftslisten ihre Stimme zu geben.

Zu den guten Nachrichten zählen insbesondere die Wahlen von Martina Riedel (DSTG) zur Vorsitzenden im Gesamtpersonalrat Finanzen und von Ulf Melchert (Deutsche Justiz-Gewerkschaft) zum Vorsitzenden im Gesamtpersonalrat Justiz. Bei der Polizei gehören mit Bodo Pfalzgraf und Boris Biedermann zwei stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der DPolG an. Der Vorsitz ging an den Vertreter der Unabhängigen, mit denen die DPolG Berlin ebenso wie mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamten (BDK) eine Koalition eingegangen war.

Sechs dbb Vertreter im HPR

Im HPR konnte der dbb berlin, der bei den Wahlen 2016 keine Listenverbindung mit anderen Gewerkschaften bzw. freien Bewerbern eingegangen ist, zwei Arbeitnehmer- und vier Beamtenitze gewinnen. Boris Biedermann (DPolG Berlin) und Synnöve Nüchter (gkl berlin) vertreten die Arbeitnehmerinteressen. Für die Beamtinnen und Beamten gehören der dbb Landesvorsitzende Frank Becker (gkl berlin), Detlef Dames (Vorsitzender der DSTG Berlin), der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf (DPolG Berlin) und Heidrun Quandt (Vorsitzende des VBE Berlin) dem HPR an. Diese Personalräte des dbb berlin werden in den nächsten vier Jahren ihre Rolle als „Oppositionsfraktion“ verant-

wortungsvoll ausfüllen, sich konstruktiv an der Arbeit beteiligen und starke Allianzen im Sinne aller Kolleginnen und Kollegen des Landes Berlin suchen.

Sorgfältige Wahlanalyse angekündigt

Seinen Dank an alle dbb Kolleginnen und Kollegen, die bei den Personalratswahlen kandidiert haben, und an die Wählerinnen und Wähler der dbb Liste hat der Landesvorsitzende Becker mit einer ersten Stellungnahme zu den bisher vorliegenden Ergebnissen verbunden: „Wir werden in den nächsten



dbb Vertreter im HPR: Frank Becker, Detlef Dames, Heidrun Quandt und Synnöve Nüchter (von links); Bodo Pfalzgraf und Boris Biedermann gehören dem HPR ebenfalls an.

© Friedhelm Windmüller (7)

Wochen und Monaten in den Gremien des dbb berlin die Attraktivitätseinbußen der Gewerkschaftslisten bei den Personalratswahlen im vergangenen Jahr sehr genau zu analysieren haben. Unsere Überlegungen werden insbesondere auch darauf abzielen, wie unsere gewerkschaftlichen Mitglieder in den Beschäftigtenvertretungen die Kolleginnen und Kolle-

gen in den nächsten vier Jahren noch stärker als bisher von der überlegenen Kompetenz gewerkschaftlicher Interessenvertreterinnen und -vertreter überzeugen können. Denn nur diese Personalvertreter können jederzeit auf den geballten Sachverstand ihrer Gewerkschaften und des Dachverbands zurückgreifen.“

Die neue Vorsitzende des GPR Finanzen

Zielstrebig, kompetent und erfahren

Am 14. Dezember 2016 wurde Martina Riedel zur Vorsitzenden des Gesamtpersonalrats für die Finanzämter gewählt. Diese Wahl ist natürlich sehr bemerkenswert, weil eine Kollegin der DSTG im dbb das Rennen gemacht hat und außerdem erstmalig eine Frau an der Spitze des Gremiums steht – ein Zufallsergebnis ist sie aber keineswegs. Denn der GPR ist seinerseits mit Martina Riedel an der Spitze ausgesprochen gut bedient.

Dafür hat schon eine 27-jährige DSTG-Mitgliedschaft mit vielen gewerkschaftspolitischen und personalvertretungsrechtlichen Schulungen gesorgt. Vorweisen kann Riedel aber auch praktische Erfahrungen, u. a. als Vorsitzende des örtlichen Personalrats des Finanzamts für Fahndung und Strafsachen Berlin. Und schließlich dürfte auch die langjährige Tätigkeit im Bereich der Strafverfolgung in Steuerstrafverfahren sie für die mit ihrer neuen Tätigkeit verbundenen Auseinandersetzungen ausreichend gestählt haben.

An wichtigen Aufgaben fehlt es dem Gesamtpersonalrat für die Finanzämter und seiner Vorsitzenden in den nächsten Jahren nicht.

Hauptproblem Personalausstattung

Das größte Problem ist nach wie vor die Personalausstattung und insbesondere die Nachwuchswerbung, stellt Martina Riedel gegenüber dem hauptstadt magazin fest. Vom GPR werden deshalb immer wieder Verbesserungsvorschläge unterbreitet, um die „Auszubildendenkatastrophe“ zumindest abzumildern. So sollten etwa bei Bewerbungen die Gesprächsergebnisse den Kandidaten sehr viel schneller vorliegen, Bewerbungsfristen verlängert und die Gesprächsatmosphäre verbessert werden.

Auch die Sicherheit am Arbeitsplatz ist Dauerthema im GPR, weil es häufig an den einfachsten Alarmvorrichtungen zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlt. Genauso unbefriedigend steht es um die ergonomische und technische Ausstattung der Arbeitsplätze, wobei gerade in IT-Fragen der Personalrat häufig noch übergangen wird.



Martina Riedel

© Friedhelm Windmüller

Sozialberatung stärken

Ganz besonderes Augenmerk richtet Martina Riedel schließlich auf die Sozialberatung, die im Justizbereich vorbildlich gelöst sei, im Bereich Finanzen mit Pilotprojekten an zwei Finanzämtern aber eher noch in den Kinderschuhen steckt. Konkret geht es darum, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in persönlichen Krisensituationen wie Todesfällen, Ehescheidungen u. Ä. zur Seite zu stehen. „Von dieser Hilfe profitiert auch der Dienstherr bzw. Arbeitgeber, weil die Arbeitsergebnisse naturgemäß mit hohen persönlichen Belastungen sinken“, zeigt sich Martina Riedel überzeugt.

An klaren Zielen für ihre Arbeit in den nächsten vier Jahren fehlt es Martina Riedel auf jeden Fall nicht, bleibt dem hauptstadt magazin nur, der frischgebackenen GPR-Vorsitzenden Erfolg und das notwendige Quäntchen Glück bei ihrer Amtsführung zu wünschen.

Parlamentspräsident Wieland

Mit Vereinbarkeit von Beruf und Familie trumpfen

Der öffentliche Dienst kann beim Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft um die besten Köpfe nach Einschätzung des Berliner Parlamentspräsidenten Ralf Wieland durchaus mit seinen sehr guten Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf trumpfen. Hier sei man sicherlich besser aufgestellt als mancher Betrieb der freien Wirtschaft, meinte Wieland in einem Gespräch mit der dbb Landesleitung am 5. Januar 2017.

Allerdings steht das Land Berlin bei der Rekrutierung dringend benötigten Personals auch in Konkurrenz mit dem Bund und den anderen Bundesländern, speziell dem nahen Brandenburg. Vor diesem Hintergrund sei eine schnelle Angleichung der Besoldung an das Niveau in den anderen Gebietskörperschaften unabdingbar, stellte dbb Landeschef Frank Becker klar. Eine wichtige Rolle in der Personal-

politik müsse auch der Anschlussverwendung im Land Berlin nach einer erfolgreichen Ausbildung zukommen.

Schirmherrschaft über Parlamentarischen Abend

Der Parlamentspräsident und der dbb berlin wollen in engem Kontakt bleiben. Besonders erfreut zeigte sich die Landesleitung, die bei dem Gespräch mit Frank Becker, Synnöve Nüchter, Bernd Raue und Thomas Goiny vertreten war, über die Bereitschaft Wielands, beim nächsten Parlamentarischen Abend des dbb berlin die Schirmherrschaft zu übernehmen. Darüber hinaus will der Parlamentspräsident in einer der nächsten Ausgaben des hauptstadt magazins ausführlich über seine Arbeit berichten.



Bernd Raue, Synnöve Nüchter (stellv. Landesvorsitzende dbb berlin), Thomas Goiny (koopt. Landesleitungsmitglied), Ralf Wieland (Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin) und Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin) (von links)



© Thorsten Schatz (CDU-Fraktion)

Führten ersten Meinungsaustausch: Bernd Raue, Frank Becker, Ferdinand Horbat (alle dbb berlin) und Peter Trapp, Christian Goiny, Florian Graf, Burkhard Dregger (alle CDU-Fraktion) sowie die Mitarbeiterin der CDU-Fraktion, Christina Winkler-Becker (von links)

Antrittsbesuch bei der CDU-Fraktion

Die Landesleitung des dbb berlin hat ihre Sondierungsgespräche mit den nach der Wahl des Berliner Abgeordnetenhaus im vergangenen September neu gebildeten Senatsfraktionen am 1. Dezember 2016 bei der CDU fortgesetzt. Ausgelotet wurden mit dem Fraktionsvorsitzenden Florian Graf und den Abgeordneten Christian Goiny, Burkhard Dregger und Peter Trapp insbesondere Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Berlin.

Weil Überlegungen in diese Richtung zwangsläufig mit der Besoldungsfrage gekoppelt sind, erneuerte dbb Landeschef Frank Becker die Forderung des dbb berlin nach Übernahme des Ergebnisses bei den Tarifverhandlungen mit den Ländern plus einem Prozentsatz „x“.

Eine Wiederverbeamtung der Berliner Lehrer ist nach Einschätzung des dbb berlin darüber hinaus unumgänglich, will man den Standort Berlin auch im Bildungsbereich wieder attraktiver gestalten. Die CDU-Fraktion signalisierte in dieser Frage ihre Unterstützung.

Da die Zuständigkeiten innerhalb der Fraktion noch nicht abschließend geklärt sind, wurden auch die weiteren Gesprächspunkte, u. a. zusätzlicher Personalbedarf, Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen und Gewalt gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere im Vollzugsdienst, zunächst nur ange-

rissen. Schon in Kürze sollen ausführliche Erörterungen mit den fachpolitischen Sprechern folgen.

In naher Zukunft dürften nach übereinstimmender Einschätzung von dbb und Union auch der Umgang mit Quereinsteigern im öffentlichen Dienst und zwingend notwendige Änderungen im Personalvertretungsgesetz eine wichtige Rolle in der politischen Diskussion spielen.

Über diese und alle anderen Fragen und Probleme des öffentlichen Dienstes wollen sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Florian Graf und dbb Landeschef Frank Becker auch zukünftig zeitnah austauschen.

Die Landesleitung des dbb war bei dem Gespräch neben Frank Becker durch die stellvertretenden Landesvorsitzenden Bernd Raue und Ferdinand Horbat vertreten.

dbb Tagung: Lob von der Kanzlerin

Viel Lob für den öffentlichen Dienst gab es auf der diesjährigen Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung des dbb Bund Anfang Januar in Köln. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Thomas de Maizière würdigten den täglichen Einsatz der Beschäftigten zur Freude auch der Teilnehmer des dbb berlin.

Unter Leitung des Landesvorsitzenden Frank Becker waren die Berliner wieder mit einer relativ großen Delegation angereist, die die Möglichkeiten der Tagung zur Information und Kontaktpflege intensiv nutzte, u. a. bei einem erstmalig von dbb berlin und BBBank veranstalteten „Berlin-Brandenburger Abend“.



© Friedhelm Windmüller

„Die Berliner“ in Köln: Thomas Goiny (BSBD Berlin), Petra Woosmann (Frauenvertretung dbb berlin), Roland Kristeleit (VDStra.), Gabriele Kasigkeit (phv Berlin-Brandenburg), Ferdinand Horbat, Synnöve Nüchter, Bodo Pfalzgraf (dbb berlin), Torsten Jaehne (DPVKOM Regionalverband Ost); Frank Becker (dbb berlin), Martina Riedel (DSTG Berlin), Andrea Rutz-Lorenz (GdS Berlin) und Bernd Raue (dbb berlin) (von links).

Unausgegorenes aus Gütersloh

Während der dbb Bund zu Recht mit seiner Gewerkschaftspolitischen Tagung zu Jahresbeginn in Köln ein hervorragendes Medienecho gefunden hat, ist das bedauerlicherweise auch der Bertelsmann Stiftung mit einer Studie gelungen, die letztlich nur geeignet ist, alte Vorurteile gegen eigenständige beamtenrechtliche Systeme hochzukochen. Vielfalt ist für die „Bertelsmänner“ offenbar schwer zu ertragen und ein Einheitsbrei soll her – auch wenn am Ende niemand dabei gewinnt.

Ins Visier genommen hat die Stiftung das beamtenrechtliche Beihilfesystem und will es – aus Kostengründen – auch gleich zu Grabe tragen. Bei der Berechnung des Einsparpotenzials durch eine solche

drastische und rechtlich höchst zweifelhafte Maßnahme geht die Studie allerdings alles andere als kleinlich vor: Prognosezeiträume und Kostenschätzungen werden willkürlich gegriffen und die Folgekosten der geforderten Überführung der Beamten in die GKV, wie hälftige GKV-Anteile der Dienstherrseite oder notwendige Alimentationsanpassungen, bleiben gleich ganz oder zumindest teilweise außen vor. Auch die Funktionsfähigkeit der Wettbewerbs-elemente auf dem Gesundheitsmarkt schert die Bertelsmann-Gutachter schließlich wenig.

Fazit des Berliner dbb Landeschefs Frank Becker: „Kein seriöser Vorschlag, sondern leichtfertige Spekulation aus Gütersloh.“

Zum Jahreswechsel

Änderungen im Sozial- und Arbeitsrecht!

Auch zu Beginn des Jahres 2017 treten wieder eine Reihe von Gesetzesänderungen in Kraft, die Betroffene und Personaler wissen müssen. Neben der regelmäßigen Anpassung der Beitragssätze für die Sozialversicherungen greifen insbesondere Verbesserungen für Schwerbehinderte, die Erhöhung des Mindestlohns und die weitere schrittweise Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.

Schwerbehindertenvertretung muss beteiligt werden

Deutlich gestärkt hat der Gesetzgeber die Rechte der Schwerbehindertenvertretung. Wichtigste Änderung: Die Kündigung eines schwerbehinderten Menschen, die der Arbeitgeber ohne eine Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung ausspricht, ist ab 2017 unwirksam! Außerdem wurde der Schwellenwert für die Freistellung der Vertrauensperson von 200 schwerbehinderten Menschen im Betrieb auf 100 abgesenkt. Auch ist es künftig in größeren Betrieben leichter für die Vertrauensperson, weitere Stellvertreter hinzuzuziehen, die auch Anspruch auf Fortbildung erhalten. Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Schwerbehindertenvertretung muss der Arbeitgeber künftig die Kosten einer Bürokräft in erforderlichem Umfang übernehmen. Schließlich wurde der Inklusionsgedanke im Betriebsverfassungsgesetz stärker verankert. Ausdrücklich ist jetzt die Inklusion behinderter Menschen im Katalog möglicher Themen für eine Betriebsvereinbarung und bei der Personalplanung aufgenommen. Entsprechend wird im Neunten Buch Sozialgesetzbuch der Begriff „Integrationsvereinbarung“ durch „Inklusionsvereinbarung“ ersetzt.

GRV-Beitragssatz bleibt konstant

Unverändert bleibt der Beitragssatz in der allgemeinen gesetzlichen Rentenversicherung mit 18,7 Prozent. Auch am Mindestbeitrag zur freiwilligen Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich nichts geändert. Er beträgt weiterhin 84,15 Euro.

Das Renteneintrittsalter erhöht sich im Zuge der schrittweisen Einführung der „Rente mit 67“ um einen weiteren Monat, d. h. Versicherte, die 1952 geboren sind, erreichen die Regelaltersgrenze im Regelfall mit 65 Jahren und sechs Monaten.

Wichtige Neuheit für Bezieher einer vorzeitigen Vollrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung: Ab 1. Ja-

nuar 2017 sind ihre Einkünften aus etwaiger weiterer Erwerbstätigkeit rentenversicherungspflichtig. Bezieher einer Vollrente ab Erreichen der Regelaltersgrenze können, wenn sie parallel zum Rentenbezug weiterarbeiten, zwischen Versicherungsfreiheit und Beitragszahlungen wählen, die in ihrem Fall zu zusätzlichen Rentenanwartschaften führen.

Turnusmäßige Anpassung

Die Rechengrößen der Sozialversicherung wurden der Einkommensentwicklung entsprechend turnusgemäß angepasst. Konkret betragen die Beitragsbemessungsgrenzen in der allgemeinen Rentenversicherung 6.350 Euro/Monat bzw. 76.200 Euro/Jahr (West) und 5.700 Euro/Monat bzw. 68.400 Euro/Jahr (Ost) und in der gesetzlichen Krankenversicherung einheitlich 4.350 Euro/Monat bzw. 52.200 Euro/Jahr (West und Ost). Die Versicherungspflichtgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung liegt ebenfalls im gesamten Bundesgebiet einheitlich bei 4.800 Euro/Monat bzw. 57.600 Euro/Jahr.

Höhere Sachbezugswerte

Auch die Werte für Verpflegung und Unterkunft werden jährlich angepasst, und zwar an die Entwicklung der Verbraucherpreise. Im maßgeblichen Zeitraum von Juni 2015 bis Juni 2016 ist der Verbraucherpreisindex um 1,9 Prozentpunkte gestiegen. Der Wert für Verpflegung erhöhte sich entsprechend von 236 Euro auf 241 Euro, wobei das Frühstück mit 51 Euro, Mittag- und Abendessen mit jeweils 95 Euro zu Buche schlägt. Der Wert für Mieten und Unterkunft blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

*Rechtsanwältin
Maria Timmermann*



dbb jugend berlin

Powerfrauen in der Landesjugendleitung

Insgesamt drei Powerfrauen arbeiten in der im August 2016 neu gegründeten dbb jugend berlin als stellvertretende Vorsitzende mit. Das hauptstadt magazin stellt mit Stephanie Strohfahrt (DJG) und Vanessa Marie See (VBOB) in dieser Ausgabe zwei der Stellvertreterinnen vor, die angetreten sind, die Jugendarbeit des dbb berlin entscheidend mitzugestalten.

Beide verfügen dazu auf jeden Fall über die notwendige Motivation und gewerkschaftliche Erfahrung. Stephanie Strohfahrt vertritt als Landesjugendvorsitzende die Interessen der jungen Berliner Justizkolleginnen und -kollegen nicht nur im Bundesjugendausschuss der DJG, sondern auch als Vorsitzende der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung Justiz.

Vanessa Marie See, als Mitarbeiterin im Auswärtigen Amt für internationale Arbeit geradezu prädestiniert, hat sich insbesondere der europäischen Jugendarbeit verschrieben und ist Mitglied in den Arbeitsgemeinschaften „Jugend in Europa“ der dbb jugend (Bund) und „Europäische Jugendpolitik“ des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR). Auch in der Jugend der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI Youth) ist sie engagiert. Auch See kann beachtliche Erfolge in der Personalratsarbeit vorweisen: 2011 übernahm sie das Amt der Vorsitzenden der Jugend- und Auszubildendenvertretung im Auswärtigen Amt und seit 2012 ist sie freigestelltes Personalratsmitglied.

Beide stellvertretenden Landesjugendvorsitzenden eint ein großes Interesse am Beamten- und Personalvertretungsrecht, aber auch an Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, was auf eine intensive Berichterstattung über die Jugendarbeit beim dbb berlin hoffen lässt.

Auch an der nötigen Ausdauer fehlt es den Powerfrauen offenbar nicht. Während Vanessa Marie See drei Jahre zäh und letztlich erfolgreich für die Einführung eines Mentoringprogramms bei ihrer Behörde gekämpft hat, trainiert Stephanie Strohfahrt Ausdauer und Geschick sogar bei ihrem Hobby Hindernislauf.

Junge Generation braucht eine Stimme

Gewerkschaftlich aktiv geworden ist Strohfahrt, weil sie wenig von unzufriedenem Gerede und Meckerei hält, sondern es allemal vorzieht anzupacken. „Teambuilding, Zusammengehörigkeit und Verständnis sind wichtige Bestandteile einer Gewerkschaft und diese möchte ich gerne jedem einzelnen weitergeben. Weiterhin geht es mir darum, dass auch die ‚kleinen‘ Leute eine große Stimme bekommen, um ihre Inter-



Stephanie Strohfahrt setzt auf konstruktives Miteinander.



Überzeugte Europäerin: Vanessa Marie See

essen durchzusetzen. Denn ein konstruktives Miteinander ist immer besser als ein gut durchdachtes Gegeneinander!“, meint sie wörtlich.

Und Vanessa Marie See begründet ihr gewerkschaftliches Interesse und Engagement nicht weniger schlüssig. „Für mich war und ist es wichtig, dass auch unsere Generation eine Stimme hat – sei es in Betrieben, bei Tarifverhandlungen oder gegenüber politischen Entscheidungsträgern. Mich leitet die Überzeugung, dass sich unsere Generation einbringen muss – es ist schließlich unsere Zukunft. Darüber hinaus bin ich überzeugte Europäerin und setze auf die Jugend Europas.“

Die Vorstellung der Mitglieder der Landesjugendleitung im hauptstadt magazin wird fortgesetzt. ■

Petra Woosmann zu den frauenpolitischen Zielen im Koalitionspapier

Abwarten und fachlich begleiten!

„Die Koalition hat einiges vor in puncto Frauenpolitik“, hat die Vorsitzende der Frauenvertretung des dbb berlin, Petra Woosmann, in einer ersten Bewertung der frauenrelevanten Aussagen im Koalitionspapier der rot-rot-grünen Landesregierung festgestellt. Es gelte allerdings abzuwarten und fachlich zu begleiten, was tatsächlich „aus der Prosa“ werde.

Die Geschlechtergerechtigkeit soll nach dem Willen der drei Regierungsparteien jedenfalls konsequent vorangetrieben werden, u. a. durch eine Verankerung der Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema in allen Politikfeldern. Öffentliche Mittel sollen geschlechtergerecht ausgegeben und das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm neu aufgelegt werden.

Petra Woosmann begrüßt, dass die Koalition die gewählten Frauenvertreterinnen und Gleichstellungsbeauftragten der Bezirke, Betriebe und Verwaltungen personell angemessen ausstatten will. Hinterfragt werden müsse allerdings, was dies bedeute: Werden die Frauenvertreterinnen auch in kleineren Bereichen endlich von „normalen“ Tätigkeiten freigestellt? Gibt es Bürokräfte, die die „Einzelkämpferin“ mit Womenpower unterstützen? Und wie sollen die Frauenbeiräte gestärkt werden?

Verbandsklagerecht begrüßt

Positiv wertet Woosmann, dass ein Verbandsklagerecht im Landesgleichstellungsgesetz verankert werden soll.

Auch die Absicht, zum Wiedereinstieg ins Berufsleben und zur Rückkehr von Teil- in Vollzeitbeschäftigung Programme aufzulegen, werde von den dbb Frauen begrüßt – vorausgesetzt, sie enthalten wirkungsvolle Maßnahmen.

Was die von der Koalition angestrebte Höherbewertung der sogenannten frauentypischen Berufe angeht, sieht die Vorsitzende der Berliner dbb Frauen insbesondere im Bereich der Erziehung (Kitas) dringenden Handlungsbedarf. Allerdings gelte es auch bei diesem Vorhaben abzuwarten, etwa wie die Koalitionäre die TdL von diesem Ziel überzeugen wollen. Unterstützung dabei sichert die Frauenvertretung des dbb berlin auf jeden Fall zu.

Petra Woosmann sieht noch viele weitere interessante Aspekte im Koalitionspapier, die die Berliner dbb Frauen bei ihren nächsten Sitzungen eingehend beraten werden. Wichtig sei aber vor allem, dass der schöne Titel „Die Hälfte der Macht den Frauen“, der im Koalitionspapier für die frauenpolitischen Vorhaben gewählt wurde, am Ende keine leere Worthülse bleibt. ■

BERLIN



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

HAUPTSTADTBALL 2017

der Deutschen Polizeigewerkschaft

Berlin tanzt

incl. Galabuffet.

04.03.2017

POLIZEI



Für Tanz und gute Laune sorgt
Dance & Showband Andreas von Haselberg

Rock`n Roll Club Butterfly

Eintritt: 50,- € / 1 Tisch (10 Personen) 450,- €

40,- € Mitglieder DPoIG und dbb-Gewerkschaften / 1 Tisch (10 Personen) 350,- €

Beginn: 20.00 Uhr, Einlass: 19.00 Uhr

Mercure Hotel MOA Berlin, Stephanstraße 41, 10559 Berlin

Veranstalter: DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und DPoIG Landesverband Berlin

Kartenverkauf über die Geschäftsstellen:

Tel.: 030 / 44678721 oder 030 / 3933073 / 74

Gewinnen Sie zwei Freikarten für den Hauptstadtball!

Das hauptstadt magazin verlost zwei der begehrten Eintrittskarten für den diesjährigen Hauptstadtball der DPoIG am 4. März 2017 unter seinen Leserinnen und Lesern. Voraussetzung für die Teilnahme an der Verlosung* ist, dass Sie das richtige Lösungswort des Schwedenrätsels bis zum 15. Februar 2017 schicken an dbb berlin, Fax: 030.327952-20 oder E-Mail: post@dbb.berlin.

Viel Glück dabei wünscht Ihr dbb berlin!

* Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

frisch gebraten u. mit harter Kruste	Stadt in Israel	ungebetener Gast; Teufel	Roman von Stephen King	Schmuckkugel	türkische Währungseinheit	▼	zaunartige Absperrung	Rahm; fetthaltiger Teil der Milch	▼	See in Schottland (Loch ...)	Frühlingsfest	▼	Brauch, Sitte (lateinisch)	▼	haltbare Chemiefaser	poetisch: Atem	▼
→	▼	▼	▼	▼	▼	▼	überheblich, arrogant	→	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	▼	↻ 10
Opernsolo-gesang	→	→	→	↻ 8	leitender Minister Ludwigs XIII.	→	→	→	→	→	→	→	→	→	Rechenbrett der Antike	→	→
verschönerndes Beiwerk	→	→	→	→	→	→	Hausvorbau	→	→	→	aber; in-zwischen	→	Lachsfisch	→	→	↻ 7	→
Kfz-Zeichen Aalen	→	→	himmelblaue Farbe	→	Ostslawin	→	Aufbrühhilfe für Heilgetränke	→	↻ 3	→	→	→	→	→	Unternehmensleiter	→	aus diesem Grund
→	↻ 4	→	→	→	→	→	→	Muse der Sternkunde	▼	kein Einziger	→	→	→	→	→	→	→
für den Unterhalt Sorgender	→	Hauptschlagader	→	Nachbarschaft	Schriftstück, Dokument	→	→	→	→	→	↻ 5	→	Fluss zur Donau	→	↻ 6	→	schüchtern
deutsches Mittelgebirge	→	→	→	→	→	→	Futterbehälter	→	→	→	↻ 5	→	→	→	→	→	→
→	→	→	→	↻ 1	Edelsteinimitation aus Glas	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→
die fünf Bücher Moses im Judentum	Auerohse	→	Titel arabischer Fürsten	→	→	→	→	Abkürzung für Volksrepublik	→	Pfeifentabak	→	→	→	→	→	→	→
Bundesstaat der USA	→	→	→	→	Klosterneuling	→	→	→	↻ 9	→	→	→	→	→	Böses, Unangenehmes	→	→
eine Empfehlung geben	→	→	→	→	→	→	Ährenborste	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→
→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	↻ 2



Der neue FamilienPass ist da

Der Berliner FamilienPass bietet Berliner Familien mit Kindern unter 18 Jahren ein ganzes Jahr lang rund 300 familienfreundliche Preisvorteile. Gespart werden kann mit dem für nur 6 Euro erhältlichen Pass etwa beim Besuch von Zoo und Tierpark, Schwimmbädern und Eisbahnen, bei Schiffstouren und Sehenswürdigkeiten, bei Konzerten, Kinos, Theatern und Museen u. v. m. Zahlreiche Tipps für Familienunternehmungen und Ausflüge in und um Berlin runden das Angebot ab.

Darüber hinaus werden zahlreiche Plätze für 150 Tagesausflüge, Führungen, Workshops und Bustouren verlost.

Mehr Infos und Onlineabwicklung: <http://jugendkulturservice.de/ger/familienpass/berliner-familienpass.php?navid=2>

Das ITDZ Berlin

IKT-Partner der Berliner Verwaltung

Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) ist zentraler Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) der Senatsverwaltungen, Bezirksämter und öffentlichen Einrichtungen der Hauptstadt. Als Anstalt öffentlichen Rechts finanzieren wir uns aus eigener Leistungserbringung.

Das ITDZ Berlin berät und unterstützt die Verwaltung bei IKT-Projekten sowie bei der Beschaffung von IT- und Telekommunikations-Hardware und -diensten. Gemeinsam mit dem Land Berlin arbeiten wir zudem an der Umsetzung zentraler E-Governmentprojekte. Neben dem Berliner Landesnetz, das eine integrierte Sprach- und Datenkommunikation ermöglicht, stellen wir der Verwaltung zwei leistungsfähige und energieeffiziente Data-Center (Rechenzentren) sowie ein zentrales Druckzentrum zur Verfügung. Das interne Daten- und Kommunikationsnetz sowie die beiden Rechenzentren bilden die Basis und das Rückgrat aller IT-Leistungen des Landes Berlin. Dabei setzen wir, basierend auf der Cloud-Technik, zunehmend auf die Automatisierung von IT-Abläufen. Ohne, dass die Daten das Berliner Landesnetz verlassen. In die Instandhaltung und Modernisierung dieser IKT-Infrastruktur des Landes Berlin investieren wir jährlich mehrere Millionen Euro.

Von Antiviruservice bis Zertifikatssystem

Dienste vom Antiviruservice bis zum Zertifikatsservices für Verschlüsselungen ergänzen unser Angebot für die Berliner Verwaltung. Ein telefonisches Servicecenter, das unter anderem das Bürgertelefon 115 betreut, rundet unser Dienstleistungsportfolio ab. Darüber hinaus bieten wir der Hauptstadtverwaltung vielfältige Rahmenverträge, aus denen sich die Dienststellen ohne eigene Ausschreibung bedienen können.

Das breite Leistungsspektrum des ITDZ Berlin ermöglichen derzeit rund 440 Mitarbeitende in den Bereichen Netze, Server, IT-Arbeitsplätze, IT-Fachverfahren und Kundenservice sowie fast 150 Arbeitskräfte in der Telefonie.

Berliner E-Government-Gesetz als Chance

Das ITDZ Berlin ist Teil der Berliner Verwaltung und Partner der Behörden bei der Umsetzung des im Sommer letzten Jahres verabschiedeten E-Government-Gesetzes. Es bildet die Grundlage für medien-

bruchfreie elektronische Verwaltungsabläufe, die Förderung von Open Data und mehr elektronische Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger. Im gesamtstädtischen Interesse wurde zudem eine landesweite IT-Steuerung in den Berliner Gesetzesentwurf aufgenommen.

Auf der Grundlage des Berliner E-Government-Gesetzes übernimmt das ITDZ Berlin schrittweise für die Hauptverwaltung und die Bezirksämter den vollständigen Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur und stellt zahlreiche Basisdienste zur Verfügung. Dabei setzen wir auf hohe Sicherheitsstandards und kooperieren für unsere Leistungserbringung mit Wirtschaft, Wissenschaft und anderen öffentlichen IT-Dienstleistern.

Dem Land Berlin eröffnet das Gesetz darüber hinaus die Chance auf eine flächendeckende Vereinheitlichung der IT-Standards in der Berliner Verwaltung. Erstrebenswert ist diese Standardisierung, da die heute vorherrschende Vielfalt nicht nur unwirtschaftlich, sondern auch schwer zu beherrschen ist. Schließlich gilt es, beispielsweise für jede eingesetzte Hard- und Software speziell geschulte Fachleute vorzuhalten. Reduziert die Berliner Verwaltung die Komplexität der IT, wird der Betrieb sicherer und die Bereitstellung digitaler Bürgerservices vereinfacht.

Veränderungen mitgestalten

Das E-Government-Gesetz nimmt das ITDZ Berlin bei zahlreichen IT-Services als Partner der Verwaltung verstärkt in die Pflicht. Um diesen Anspruch zu erfüllen, werden wir wachsen müssen. Speziell unsere beratende Expertise wird zunehmend gefragt sein. Dafür wollen wir insbesondere unsere Kompetenzen in der Kommunikation, der Organisationsberatung und bei strategischen Entscheidungen stärken. Wir stellen der Berliner Verwaltung für die kommenden Herausforderungen aber auch Experten für beispielsweise Applikationen, Systemintegration, Server, Datenbanken, Netzwerke oder IKT-Sicherheit zur Seite.

Der Logik des Gesetzes folgend sehen wir uns als IT-Landesdienstleister zudem zukünftig vermehrt in der Rolle des technischen Vermittlers und Realisierers zwischen den Vorgaben der IT-Steuerung im Land Berlin und dem Betrieb für die Einrichtungen der Berliner Verwaltung. Dabei setzen wir grundsätzlich auf Austausch und Kooperation mit allen Beteiligten.

Ines Fiedler, Vorständin des ITDZ Berlin

Zum Tarifauftakt 2017

Berliner zeigten Flagge

Mitglieder des dbb berlin haben noch unmittelbar vor Beginn der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder am 18. Januar den Arbeitgebern demonstriert, wie ernst es ihnen mit der Forderung nach sechs Prozent mehr Einkommen und strukturellen Verbesserungen ist. Die Verhandlungen für die

Landesbeschäftigten sind am Nachmittag desselben Tages ergebnislos verhandelt worden. Seit an Seite zeigten mit den Arbeitnehmern auch die Beamten Flagge, für deren Besoldungsanforderungen das Ergebnis der Tarifverhandlungen maßgeblich ist.



© Marco Urban

Personalien

Bundesinnenminister Thomas de Maizière ist zum dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST eingeladen, das sich in diesem Jahr mit der Gesundheitsfürsorge der Beamten, bestehend aus Beihilfe und PKV, auseinandersetzt. Termin ist der 4. Mai 2017 im dbb forum berlin.

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin, hat den Anspruch der Berlinerinnen und Berliner auf eine funktionierende Verwaltung als Teil der Daseinsvorsorge und auf gute öffentliche Einrichtungen in einer Regierungserklärung am 12. Januar 2017 bekräftigt. Es sei eines der wichtigsten Vorhaben des Senats, diesen Anspruch einzulösen.

Birgit Klaubert, Thüringer Bildungsministerin, hat zum Jahreswechsel offiziell bestätigt, dass ab Sommer Lehrer wieder verbeamtet werden können. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat aufgrund des Lehrermangels offenbar ideologische Vorbehalte vor allem der Linken und Grünen über Bord geworfen. Jetzt ist Berlin das einzige Bundesland, das seine Lehrer immer noch nicht wieder verbeamtet.

Ines Fiedler, Vorständin des ITDZ, wird bei der nächsten Diskussionsveranstaltung des dbb berlin „dbb im Dialog“ am 21. Februar 2017 vertieft über das ITDZ und seine Aufgaben informieren.